

Bürgerliches Gesetzbuch: BGB

Grüneberg (vormals Palandt)

81. Auflage 2022
ISBN 978-3-406-77500-0
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Grüneberg
Bürgerliches Gesetzbuch


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Beck'sche Kurz-Kommentare

Band 7

Grüneberg Bürgerliches Gesetzbuch mit Nebengesetzen

insbesondere mit
Einführungsgesetz (Auszug) einschließlich Rom I-, Rom II- und
Rom III-Verordnungen sowie EU-Güterrechtsverordnungen,
Haager Unterhaltsprotokoll und EU-Erbrechtsverordnung,
Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (Auszug), Wohn- und
Betreuungsvertragsgesetz, Unterlassungsklagengesetz (GrünHome),
Produkthaftungsgesetz, Erbbaurechtsgesetz, Wohnungseigentumsgesetz,
Versorgungsausgleichsgesetz, Lebenspartnerschaftsgesetz (GrünHome),
Gewaltschutzgesetz

bearbeitet von

Prof. Dr. Jürgen Ellenberger
Vizepräsident
des Bundesgerichtshofs

Prof. Dr. Isabell Götz
Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht
München

Dr. Christian Grüneberg
Richter am Bundesgerichtshof

Sebastian Herrler
Notar in München

Dr. Renata von Pückler
Richterin am Oberlandesgericht
Frankfurt am Main

Björn Retzlaff
Vorsitzender Richter am Kammergericht
Berlin

Walther Siede
Richter am Oberlandesgericht
München

Hartwig Sprau
Vizepräsident des Bayerischen
Obersten Landesgerichts a. D.

Prof. Dr. Karsten Thorn
Bucerius Law School
Hochschule für Rechtswissenschaft Hamburg

Walter Weidenkaff
Vorsitzender Richter
am Oberlandesgericht München a. D.

Dr. Dietmar Weidlich
Notar in Roth b. Nürnberg

Prof. Dr. Hartmut Wicke, LL. M.
Notar in München

81., neubearbeitete Auflage
2022



www.grueneberg.beck.de
Zitierweise: Grüneberg/*Bearbeiter*

Redaktionsschluss:
15. Oktober 2021



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 77500 0

© 2022 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz, Druck, Bindung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
(Adresse wie Verlag)
Umschlag: Fotosatz Amann GmbH & Co. KG, Memmingen

CO₂
neutral


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Im Juli 2021 hat sich der Verlag entschlossen, die Werke seines Verlagsprogramms umzubenennen, auf denen als Namensgeber ehemalige Herausgeber oder Autoren genannt sind, die während der nationalsozialistischen Diktatur eine aktive Rolle eingenommen haben. Hierzu gehört auch der „Palandt“. Er erhält deshalb ab der 81. Auflage nach dem Mitautor und Koordinator der Autoren den Titel „Grüneberg“.

Die **81. Auflage** bietet dem Nutzer eine Menge Neues, und zwar deutlich über das bei einer Neuauflage Übliche hinaus. So war der Gesetzgeber zum Ende der 19. Legislaturperiode außerordentlich produktiv. Allein das BGB hat 17 Änderungsgesetze zu verzeichnen, darunter herausragende Änderungen im allgemeinen und besonderen Teil des Schuldrechts durch die Gesetze zur Umsetzung der Digitale Inhalte-Richtlinie und der Warenkaufrichtlinie, die ab dem 1.1.2022 Auswirkungen auf alle Verbraucherverträge haben werden. Daneben treten zahlreiche wichtige Änderungen im Mietrecht, im Pauschalreiserecht und im Familienrecht sowie weitere kleinere Gesetzesänderungen im EGBGB, VersAusglG, GewSchG und UKlaG. Hinzu kommen zahlreiche wichtige Entscheidungen des BVerfG, BGH, BAG, BSG und EuGH. Außerdem hat die rechtliche Bewältigung der COVID-19-Pandemie ihren Niederschlag in zahlreichen Entscheidungen von Instanzgerichten gefunden wie auch erste Gerichtsentscheidungen zur umfassenden Reform des WEG zu vermerken waren. All dies hat, neben der Überarbeitung und Straffung verschiedener Erläuterungen, zu zahlreichen Änderungen, Ergänzungen und Neubearbeitungen in der Kommentierung geführt. Die wichtigsten sind in der folgenden Darstellung der Einzelbereiche erwähnt.

Im **Allgemeinen Teil** sind die Anhebung der Ehrenamtspauschale in §§ 31a, 31b durch das Siebte Gesetz zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen eingearbeitet sowie der durch das SanInsFoG neu geschaffene Hemmungstatbestand des § 204 I Nr. 10a und die durch das Gesetz zur Herstellung materieller Gerechtigkeit erfolgte Änderung des § 194 II kommentiert worden. Ferner wurden die neuesten Entwicklungen der ober- und höchstrichterlichen Rechtsprechung eingearbeitet.

Im **Allgemeinen Schuldrecht** werden die neuen §§ 327–327u BGB eingehend kommentiert. Sie setzen die Digitale Inhalte-Richtlinie um und regeln erstmals die wesentlichen vertraglichen Leistungs- und Gewährleistungspflichten bei Verträgen über digitale Inhalte und digitale Dienstleistungen. Das Gesetz für faire Verbraucherverträge hat kleinere Änderungen der §§ 308–310 BGB mit sich gebracht. Im Rahmen der Kommentierung des allgemeinen Leistungsstörungenrechts wie auch des § 313 BGB sind erste Gerichtsentscheidungen zu den durch die Corona-Krise verursachten Problemen bei der Vertragsdurchführung eingearbeitet worden. Daneben haben eine Fülle neuer Entscheidungen des EuGH, des BGH und der Instanzgerichte Anlass zu zahlreichen Änderungen und Ergänzungen gegeben. Hervorzuheben sind grundlegende Entscheidungen des BGH zu Voraussetzungen und Rechtsfolgen des Widerrufs eines finanzierten Kfz-Kaufvertrags oder eines Online-Partnervermittlungsvertrags. Im Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen haben mehrere Entscheidungen des EuGH, des BGH und des BAG die Rechtsprechung zur Klauselkontrolle (z.B. AGB-Änderungsklausel, Leistungsausschlussklausel in Betriebsschließungsversicherung oder Gerichtsstandsklausel) weiter präzisiert und neue Akzente gesetzt.

Im **Besonderen Schuldrecht** werden alle Vorschriften erläutert, die durch die Umsetzung der beiden EU-Richtlinien im Kauf-, Schenkungs-, Miet-, Dienst- und Werkvertragsrecht (§§ 434, 439, 445a–445c, 453, 474, 475–475e, 476–479, 516a, 548a, 578b, 580a, 620 und 650 BGB) eingefügt oder geändert wurden. Berücksichtigt sind auch die durch die folgenden Gesetze eingetretenen Änderungen: das Gesetz zur Anpassung des Finanzdienstleistungsrechts (§§ 501, 506, 675d BGB), das Schwarmfinanzierung-Begleitgesetz (§ 513 BGB), das Telekommunikationsmodernisierungsgesetz (§§ 555b, 556, 559 BGB), das Gesetz zur Verlängerung und Verbesserung der Regelungen über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn (§§ 556d, 556g BGB), das Mietspiegelreformgesetz (§§ 558c, 558d BGB), das Reisesicherungsfondsgesetz (§§ 651r, 651t BGB), das Personengesellschaftsrechtsmodernisierungsgesetz (§ 707d BGB) und das Gesetz über elektronische Wertpapiere. Zudem ist umfangreiche Rechtsprechung eingearbeitet worden, etwa zum sog. Dieselskandal sowohl betreffend die Mängelhaftung beim Verbrauchsgüterkauf wie auch die Schadensersatzpflicht wegen sittenwidriger Schädigung, zur fiktiven Abrechnung von Schadensersatz statt der Leistung im Kauf-, Miet- und Werkvertragsrecht, zum Widerrufsrecht beim Kfz-Leasingvertrag mit Kilometerabrechnung, zur Annullierung und Abrechnung von Modernisierungsmaßnahmen des Vermieters, zur Mieterhöhung, zum Widerspruch des Mieters gegen eine Kündigung, zur elektronischen Patientendokumentation, zur rechtlichen Stellung eines Crowdworkers und zum Entgeltanspruch einer Betreuungskraft, zur Zulässigkeit von Bankentgelten im Zahlungsdienstrecht, zur Gesellschafterhaftung und zur Verletzung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts insbesondere durch Presseartikel oder im Internet.

Im **Sachenrecht** lagen die Schwerpunkte der Überarbeitung bei der Bestellung von bedingten oder befristeten dinglichen Rechten, der Reichweite des sog. Identitätsgebots bei der Vormerkung, beim Besitzschutz, insbesondere im Rahmen von sog. *smart contracts*, beim Hausrecht und beim Nachbarrecht. Zudem waren zahlreiche höchstrichterliche und obergerichtliche Entscheidungen ein-

Vorwort

zuarbeiten, u.a. zum Nachbarrecht (Rückschnitt trotz drohendem Absterben des Baums; Planungskonzept als Grenze des Notwegerechts), zur sofortigen Erteilung der vollstreckbaren Ausfertigung einer Sicherungsgrundschuld trotz § 1193 II 2 BGB, zum Einheitsgrundpfandrecht, zum Fortbestand von Grundpfandrechten trotz Restschuldbefreiung sowie erneut zum GbR-Gesellschafterwechsel im Grundbuch.

Im **Familienrecht** war im Güter- und Abstammungsrecht eine Fülle für die Praxis bedeutsamer Entscheidungen zu berücksichtigen. Hervorgehoben seien die Beschlüsse des OLG Celle und des KG, die dem BVerfG die Frage vorlegten, ob § 1592 Nr. 1, 2 BGB verfassungskonform ist, der trotz Einführung der „Ehe für alle“ bereits im Jahr 2017 nicht vorsieht, dass auch die Partnerin der Mutter in die Rechtsstellung als zweiter Elternteil einrücken kann. Die Aktualisierungen im Unterhaltsrecht befassen sich u.a. mit den tatsächlichen und rechtlichen Konsequenzen der COVID-19-Pandemie auf Unterhaltsverhältnisse. Dies betrifft z.B. die unterhaltsrechtliche Einordnung der sog. Einmal- und Soforthilfen für Unternehmen und Selbständige sowie der Bonuszahlungen für Pflegekräfte, aber auch die Berücksichtigung des sog. Notfall-Kinderzuschlags oder Kinderbonus bei der Bemessung des Kindesunterhalts. Als äußerst praxisrelevant erweisen sich zudem die Entscheidung des BGH zur möglichen Fortschreibung der Düsseldorfer Tabelle bei besonders guten Einkommensverhältnissen und deren Rezeption in Wissenschaft und Praxis sowie seine Entscheidung zur unterhaltsrechtlichen Behandlung des Kinderzuschlags und die Neuregelung in § 6c BKGG. Weitere Neuregelungen im Familienrecht brachte das Adoptionshilfe-Gesetz, durch das u.a. ein offenerer Umgang mit der Adoption erreicht werden soll. Durch das Gesetz zum Schutz von Kindern mit Varianten in der Geschlechtsentwicklung wurde § 1631e BGB neu eingefügt. Durch das Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen wurde durch Ergänzung insbesondere der §§ 1632, 1696 und 1697a BGB die lange geführte Diskussion um die Stärkung von Pflegekindschaftsverhältnissen beendet und die Möglichkeit einer Dauerverbleibensanordnung explizit geregelt. Die Schutzgüter in § 1361b II BGB und in § 1 GewSchG wurden durch das Gesetz zur Fortentwicklung der Strafprozessordnung und zur Änderung weiterer Vorschriften um das Schutzgut der sexuellen Selbstbestimmung erweitert. Durch das Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder erfolgten umfangreiche Änderungen im familiengerichtlichen Verfahren zum besseren Schutz von Kindern.

Schließlich zeigt auch der **Versorgungsausgleich**, dass im Familienrecht nur die Veränderung stetig ist. Die Kommentierung berücksichtigt die Zurückdrängung der externen Teilung, die Erweiterung des schuldrechtlichen Ausgleichs für kapitalgedeckte Anrechte, die sich in der Leistungsphase befinden, und die Vorverlegung der Antragsfrist für die Abänderung von Altersentscheidungen, aber auch die weiteren Auswirkungen des am 1.8.2021 in Kraft getretenen Gesetzes zur Änderung des Versorgungsausgleichsrechts. Darüber hinaus war auch in diesem Bereich ein breiter Strauß obergerichtlicher Rechtsprechung einzuarbeiten, wobei stellvertretend für viele die Entscheidung des BGH zur Umsetzung der Anforderungen des Urteils des BVerfG vom 26.5.2020 zur Verfassungskonformität von § 17 VersAusglG erwähnt sei.

Im **Erbrecht** wurden wieder zahlreiche Entscheidungen und Veröffentlichungen eingearbeitet, die Erläuterungen auf den neuesten Stand gebracht und an vielen Stellen neu gefasst. Besonders hervorzuheben sind hier die Entscheidungen des BGH zum Umfang der Rechtskraft bei Ausspruch des Vorbehalts beschränkter Erbenhaftung, zur Berücksichtigung von Grabpflegekosten beim Pflichtteilsanspruch und zur Höhe der Vergütung des Nachlasspflegers, wenn die Vergütung nur zum Teil aus dem Nachlass beglichen werden kann. Für die Praxis von Bedeutung ist auch die Entscheidung des BGH zum Rücktritt vom Erbvertrag durch Erklärung gegenüber einem Vorsorgebevollmächtigten, insbesondere wenn der andere Ehegatte geschäftsunfähig ist.

Im **Internationalen Privatrecht** waren Änderungen der Gesetzeslage im Adoptions- (AdWirkG), Verbrauchervertrags- (Art 46b EGBGB) und im Sachenrecht (§ 32 I eWpG) einzuarbeiten. Zudem galt es wieder eine Vielzahl neuer Entscheidungen zu sämtlichen Rechtsgebieten zu berücksichtigen. Im übrigen **EGBGB** waren neben dem neu eingefügten Art. 240 § 7 EGBGB, der die Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im gewerblichen Miet- und Pachtrecht betrifft, die Änderungen durch das Gesetz zur Anpassung des Finanzdienstleistungsrechts zu kommentieren. Daneben war vor allem die reichhaltige Rechtsprechung des BGH zu den Anforderungen an die Ordnungsgemäßheit einer Widerrufsbelehrung und Widerrufsinformation in Verbraucherdarlehensverträgen und sonstigen einem Widerruf unterliegenden Verbraucherverträgen und auch das Urteil des EuGH vom 9.9.2021 (C-33/20 u.a.) zu berücksichtigen.

In der Kommentierung des **AGG** sind insbesondere die Entscheidungen des EuGH zu Kopftuchverboten und des BGH zur Rechtfertigung einer Ungleichbehandlung wegen des Alters bei Zutritt zu einer Musikveranstaltung hervorzuheben. Zum **Produkthaftungsgesetz** war eine wichtige, das Verhältnis von Produkt zu verkörpertem geistigen Leistungen wie z.B. Presseartikeln betreffende Entscheidung des EuGH zu berücksichtigen.

Im **Wohnungseigentumsgesetz** wurden mit großer Spannung die ersten Urteile zur neuen Rechtslage nach dem WEMoG erwartet. Klarheit hat der BGH für Störungsabwehrklagen in Übergangsfällen geschaffen. Wenngleich die Gemeinschaft der Wohnungseigentümer aufgrund ihres Verwaltungsverhältnisses nunmehr allein für die Ausübung der aus dem gemeinschaftlichen Eigentum resultierenden Rechte zuständig ist, soll die Aktivlegitimation für eine vom einzelnen Wohnungseigentümer vor Inkrafttreten der Reform eingereichte Klage gleichwohl fortgelten, solange dem

Vorwort

Gericht ein entgegenstehender Wille der Gemeinschaft nicht schriftlich zur Kenntnis gebracht wird. Endlich entschieden hat der V. Zivilsenat ferner, dass Gemeinschaftsordnungen grundsätzlich nicht der AGB-Prüfung unterliegen, jedoch eine Inhaltskontrolle nach allgemeinen Vorschriften stattfindet. Auch aus Luxemburg sind wichtige Impulse für die WEG-Praxis gekommen. In einem Fall aus Italien befand der EuGH, dass die Klauselrichtlinie, aber auch die Verbraucherrechterichtlinie hinsichtlich ihres Anwendungsbereichs nur mindestharmonisierend seien, und es daher eine Frage des nationalen Rechts sei, ob und inwieweit Verbraucherschutzvorschriften Anwendung auf Wohnungseigentümergeinschaften finden.

Im **UKlaG**, das ebenso wie das **LPartG** auf der Grüneberg-Homepage zu finden ist und dort in gewohnter Qualität kommentiert wird, sind u.a. die Änderungen durch das Gesetz zur Anpassung des Urheberrechts an die Erfordernisse des digitalen Binnenmarktes und durch das Telekommunikationsmodernisierungsgesetz eingearbeitet worden. Das **Sachverzeichnis** wurde vollständig durchgesehen, bereinigt und um wichtige neue Stichworte ergänzt.

Die Verfasser danken den Lesern für die zahlreichen Anregungen und Hinweise, die uns auch in diesem Jahr wieder erreicht und zur Verbesserung des Werkes beigetragen haben. Wir freuen uns auf die Anregungen und Hinweise zur vorliegenden Auflage (Kontaktadresse s. S. X).

Berlin, Frankfurt a.M., Hamburg, Karlsruhe, München, Roth
im November 2021

Die Verfasser


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verzeichnis der Bearbeiter der 81. Auflage

- Prof. Dr. Jürgen Ellenberger** (seit 67. Auflage):
BGB §§ 1–240
EGBGB Art. 229 §§ 31, 63
Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz §§ 1–5, 31, 32
- Prof. Dr. Isabell Götz** (seit 72. Auflage):
BGB Einleitung vor § 1297, §§ 1361a, 1361b, 1568a, 1568b, 1616–1921
EGBGB Art. 229 § 55
Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz
Gewaltschutzgesetz
- Dr. Christian Grüneberg** (seit 65. Auflage):
Einleitung
BGB §§ 241–432
EGBGB Art. 1, 2, Überblicke vor Art. 64 und 181, Art. 229 §§ 32, 34, 37, 57, 60, Einführung vor Art. 238, Art. 246–246c
Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz §§ 19–23, 33 Abs. 2–5
Unterlassungsklagengesetz (GrünHome III)
Abkürzungsverzeichnis
- Sebastian Herrler** (seit 76. Auflage):
BGB §§ 854–1203
EGBGB Art. 96, 120, 124, 181, 182, 184, 187, 189, 229 § 21
- Dr. Renata von Pückler** (seit 80. Auflage):
§§ 1360–1361, 1569–1586b, 1601–1615o
- Björn Retzlaff** (seit 80. Auflage):
§§ 631–661a
EGBGB Art. 229 §§ 39, 42, 53, 56, Art. 240 §§ 5, 6, Art. 243, 244, 249–253
- Walther Siede** (seit 80. Auflage):
BGB §§ 1297–1359, 1362–1568, 1587–1600d
EGBGB Art. 229 §§ 26, 44, 46
Versorgungsausgleichsgesetz
Lebenspartnerschaftsgesetz (GrünHome III)
- Hartwig Sprau** (seit 57. Auflage):
BGB §§ 662–853
EGBGB Art. 229 §§ 43, 45, Art. 248
Produkthaftungsgesetz
Sachverzeichnis
- Prof. Dr. Karsten Thorn** (seit 68. Auflage):
EGBGB Art. 3–48 mit Rom I-, Rom II- und Rom III-Verordnung sowie Güterrechtsverordnungen, Haager Unterhaltsprotokoll und Erbrechtsverordnung (teilweise), Art. 229 §§ 47, 48, 52
- Walter Weidenkaff** (seit 60. Auflage):
BGB §§ 433–630h
EGBGB Art. 229 §§ 35, 38, 40, 49–51, 58, Art. 240 §§ 1–3, 7, Art. 242, 247, 247a
Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz §§ 6–18, 24, 33 Abs. 1
Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz
- Dr. Dietmar Weidlich** (seit 70. Auflage):
BGB §§ 1922–2385
EGBGB Art. 64, 227, 229 § 36, Art. 239
Erbrechtsverordnung (teilweise)
- Prof. Dr. Hartmut Wicke** (seit 76. Auflage):
BGB §§ 1204–1296
Erbbaurechtsgesetz
Wohnungseigentumsgesetz

Verzeichnis der ausgeschiedenen Bearbeiter

- Dr. Peter Bassenge:** 35.–75. Auflage; BGB §§ 854–1296; EGBGB Art. 96, 120, 124, 181, 182, 184, 187, 189, 229 § 18 Abs. 2 und 3, § 21; Unterlassungsklagengesetz; Erbbaurechtsgesetz, Wohnungseigentumsgesetz;
- Prof. Dr. Dr. h.c. Gerd Brudermüller †:** 59.–79. Auflage; BGB §§ 1297–1615o; EGBGB Art. 229 §§ 26, 44, 46; Versorgungsausgleichsgesetz; Lebenspartnerschaftsgesetz; Gewaltschutzgesetz;
- Dr. Kurt Bunge †** (in Gemeinschaft mit Radtke): 1. und 2. Auflage; BGB §§ 2032, 2033, 2112–2115, 2205–2220; EGBGB Art. 24–26;
- Dr. Bernhard Danckelmann †:** 1.–36. Auflage; BGB §§ 1–240; EGBGB Art. 1–4, 32, 55, 56, 76, 82, 83, 85, 86, 88, 157, 163–169, 218;
- Prof. Dr. Max Degenhart †:** 27.–34. Auflage; BGB §§ 854–1296; EGBGB Art. 52–54, 59–63, 65–69, 73, 74, 89–91, 96, 109–133, 142, 143, 179–197; Erbbaurechtsverordnung; Wohnungseigentumsgesetz;
- Prof. Dr. Uwe Diederichsen:** 33.–71. Auflage; BGB §§ 1297–1921; EGBGB Art. 51, 144, 224 §§ 2 und 3, Art. 229 § 15, § 20 Abs. 3, Art. 234; Ehegesetz; Familienrechtsänderungsgesetz, Gesetz für Jugendwohlfahrt, Gesetz über die rechtliche Stellung der nichtehelichen Kinder, Gleichberechtigungsgesetz, Hausratsverordnung, Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz;
- Wolfgang Edenhofer †:** 41.–69. Auflage; BGB §§ 1922–2385; EGBGB Art. 64, 227, 235;
- Dr. Johannes Friesecke †:** 1.–6. Auflage; BGB §§ 241–432, 607–630, 657–778;
- Dr. Hans Gramm †:** 7.–27. Auflage; BGB §§ 433–853; EGBGB Art. 70–72, 75, 77–81, 92–108, 171–178; Gesetz über Abzahlungsgeschäfte; Außenwirtschaftsgesetz;
- Prof. Dr. Helmut Heinrichs †:** 28.–68. Auflage; Einleitung, BGB §§ 1–432; EGBGB Art. 1, 2, 225, 229 § 2 Abs. 1, §§ 5–9, 11, 12, Art. 230–232 § 1, Art. 240, 241, 245; BGB-InfoV §§ 1, 3, 14; Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz §§ 1–5, 31, 32; AGB-Gesetz; Fernabsatzgesetz;
- Prof. Dr. Andreas Heldrich †:** 33.–67. Auflage; EGBGB Art. 3–47, 220, 236;

Homepage

Dr. Fritz Henke †: BGB: 1.–6. Auflage; Einleitung vor § 854, §§ 873–1203; EGBGB Art. 180–197; Erbbaurechtsverordnung;

Dr. Ulrich Hoche †: 1., 2., 5.–26. Auflage; BGB §§ 854–1296; EGBGB Art. 52–54, 59–63, 73, 74, 89–91, 109–137, 142, 143, 179–197; Erbbaurechtsverordnung; Wohnungseigentumsgesetz;

Dr. Theodor Keidel †: 20.–42. Auflage; BGB §§ 1922–2385 EGBGB Art. 64, 137–140, 147–152, 213–217;

Dr. Wolfgang Lauterbach †: 1.–32. Auflage; BGB §§ 1297–1921 mit Gleichberechtigungsgesetz, Familienrechtsänderungsgesetz und Gesetz über die rechtliche Stellung der nichtehelichen Kinder; EGBGB Art. 7–31, 33, 198–203, 207–210, 212; Ehegesetz; Gesetz für Jugendwohlfahrt;

Dr. Otto Palandt †: 1.–10. Auflage; Gesamtedition und Einleitung;

Dr. Eberhard Pinzger †: 1.–6. Auflage; BGB §§ 433–606, 779–853, 854 (ohne Einl)–872, 1204–1296;

Prof. Dr. Hans Putzo †: 28.–65. Auflage. BGB §§ 433–630; EGBGB Art. 219, 221, 222, Art. 232 §§ 1a, 2–5, 8. Art. 242; BGB-InfoV § 2; Gesetz zur Regelung der Miethöhe; Gesetz über den Widerruf von Haustürgeschäften und ähnlichen Geschäften, Verbraucherkreditgesetz, Teilzeit-Wohnrechtgesetz;

Heinz Radtke † (in Gemeinschaft mit Dr. Bunge): 1.–6. Auflage; BGB §§ 2034–2063, 2316; EGBGB Art. 32–179;

Dr. Ludwig Rechenmacher †: 7.–19. Auflage; BGB §§ 1922–2385; EGBGB Art. 64, 138–140, 147–151, 213–217;

Dr. Claus Seibert †: 1.–6. Auflage; BGB §§ 631–656, 1591–1600, 1626–1718, 1922–2031, 2064–2111, 2116–2204, 2208–2315, 2317–2385; EGBGB Art. 203–206, 213–218; Gesetz betr. die religiöse Kindererziehung; Testamentsgesetz;

Prof. Dr. Heinz Thomas †: 28.–62. Auflage; BGB §§ 631–853; EGBGB Art. 99, 232 §§ 6, 7, 9, 10; Produkthaftungsgesetz.

Homepage

Die Grüneberg-Homepage (www.grueneberg.beck.de) besteht vor allem aus folgenden Abschnitten:

Normen und Kommentierungen. Im *Europarecht und internationalen Recht* (Teil I) sind zahlreiche EU-Verordnungen, EU-Richtlinien und Rechtsakte des internationalen Rechts abgedruckt, die das BGB und die in den Kommentaren aufgenommenen Nebengesetze betreffen, bzw. durch sie umgesetzt worden sind. Eine Einzelaufstellung befindet sich auf S. XVII des Inhaltsverzeichnisses. Teil II enthält die *Anlagen zum EGBGB*. In Teil III findet sich die Kommentierung der aus dem Print-Grüneberg ausgegliederten *Nebengesetze* (derzeit *UKlaG* und *LPartG*). Das *Übergangsrecht* (Teil IV) enthält den Text und – mit dem Stand vom **1.9.2021** – die Kommentierung von nur noch selten bedeutsamen Vorschriften des EGBGB, insbesondere der Art. 230–237 EGBGB. Drei Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung hat dieser Teil des EGBGB nur noch geringe praktische Bedeutung, wird aber in Altfällen u. U. noch benötigt. *Aufgehobene Vorschriften*, die für Übergangsfälle weiterhin praktische Bedeutung haben, werden seit der 66. Auflage *mit der zugehörigen Kommentierung* der letzten Auflage ihrer Geltungszeit in Teil V eingestellt. In Teil VI finden sich im Bedarfsfall bereits Text und Kommentierung künftigen Rechts.

Zitierweise: GrünHome/*Bearbeiter*

Otto Palandt. Hier finden sich Informationen und Veröffentlichungen zur Person Otto Palandt und zur Geschichte des Werks.

Nachträge. Werden bis zum 31. Dezember des Jahres neue Gesetze oder Gesetzesänderungen verkündet, die wegen des Redaktionsschlusses im Oktober in der Druckversion nicht oder nicht vollständig berücksichtigt werden konnten, werden sie hier eingestellt und falls erforderlich kommentiert. In Ausnahmefällen enthält dieser Abschnitt auch Informationen zu Gesetzesänderungen während der ersten Monate des Folgejahres und zu nach Redaktionsschluss verkündeten besonders bedeutsamen neuen höchstrichterlichen Grundsatzentscheidungen.

Zitierweise: GrünHome-Nachträge/*Bearbeiter*

Sonstiges. Darüber hinaus enthält die Grüneberg-Homepage auch Informationen über die aktuelle und, ab etwa August eines Jahres, die kommende Auflage des Grüneberg, ab 1. November auch das Vorwort der Neuauflage.

Kontakt. Hier finden sich insbesondere die Kontaktdaten, über die der verantwortlichen Lektorin des Verlages Anregungen, Hinweise und sonstige Bemerkungen zum Inhalt übermittelt werden können. Für Mitteilungen sind wir stets dankbar. Am einfachsten geht es per E-Mail an christina.wolfer@beck.de.

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der im Rahmen der Kommentierung abgedruckten Vorschriften	XVII
Abkürzungsverzeichnis	XIX

Bürgerliches Gesetzbuch

Einleitung	1
------------	---

Buch 1. Allgemeiner Teil

Abschnitt 1. Personen. (§§ 1–89)	11
Titel 1. Natürliche Personen, Verbraucher, Unternehmer. (§§ 1–14)	11
Titel 2. Juristische Personen. (§§ 21–89)	25
Untertitel 1. Vereine. (§§ 21–79)	28
Kapitel 1. Allgemeine Vorschriften. (§§ 21–54)	28
Kapitel 2. Eingetragene Vereine. (§§ 55–79)	53
Untertitel 2. Stiftungen. (§§ 80–88)	62
Untertitel 3. Juristische Personen des öffentlichen Rechts. (§ 89)	68
Abschnitt 2. Sachen und Tiere. (§§ 90–103)	69
Abschnitt 3. Rechtsgeschäfte. (§§ 104–185)	80
Titel 1. Geschäftsfähigkeit. (§§ 104–113)	84
Titel 2. Willenserklärung. (§§ 116–144)	93
Anhang zu § 138: Prostitutionsgesetz – ProstG (§§ 1, 2)	156
Titel 3. Vertrag. (§§ 145–157)	164
Titel 4. Bedingung und Zeitbestimmung. (§§ 158–163)	180
Titel 5. Vertretung und Vollmacht. (§§ 164–181)	184
Titel 6. Einwilligung und Genehmigung. (§§ 182–185)	206
Abschnitt 4. Fristen, Termine. (§§ 186–193)	211
Abschnitt 5. Verjährung. (§§ 194–218)	213
Titel 1. Gegenstand und Dauer der Verjährung. (§§ 194–202)	216
Titel 2. Hemmung, Ablaufhemmung und Neubeginn der Verjährung. (§§ 203–213)	234
Titel 3. Rechtsfolgen der Verjährung. (§§ 214–218)	251
Abschnitt 6. Ausübung der Rechte, Selbstverteidigung, Selbsthilfe. (§§ 226–231)	254
Abschnitt 7. Sicherheitsleistung. (§§ 232–240)	258

Buch 2. Recht der Schuldverhältnisse

Einleitung	261
Abschnitt 1. Inhalt der Schuldverhältnisse. (§§ 241–304)	264
Titel 1. Verpflichtung zur Leistung. (§§ 241–292)	264
Anhang zu § 245: Preisklauselgesetz – PrKIG	280
Titel 2. Verzug des Gläubigers. (§§ 293–304)	418
Abschnitt 2. Gestaltung rechtsgeschäftlicher Schuldverhältnisse durch Allgemeine Geschäftsbedingungen. (§§ 305–310)	424
Abschnitt 3. Schuldverhältnisse aus Verträgen. (§§ 311–361)	486
Titel 1. Begründung, Inhalt und Beendigung. (§§ 311–319)	490
Untertitel 1. Begründung. (§§ 311–311c)	490
Untertitel 2. Grundsätze bei Verbraucherverträgen und besondere Vertriebsformen. (§§ 312–312k)	511
Kapitel 1. Anwendungsbereich und Grundsätze bei Verbraucherverträgen. (§§ 312, 312a)	512
Kapitel 2. Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge und Fernabsatzverträge. (§§ 312b–312h)	517
Kapitel 3. Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr. (§§ 312i, 312j)	524
Kapitel 4. Abweichende Vereinbarungen und Beweislast. (§ 312k)	527
Untertitel 3. Anpassung und Beendigung von Verträgen. (§§ 313, 314)	527
Untertitel 4. Einseitige Leistungsbestimmungsrechte. (§§ 315–319)	538
Titel 2. Gegenseitiger Vertrag. (§§ 320–326)	544
Titel 2a. Verträge über digitale Produkte. (§§ 327–327u)	557
Untertitel 1. Verbraucherverträge über digitale Produkte. (§§ 327–327s)	557
Untertitel 2. Besondere Bestimmungen für Verträge über digitale Produkte zwischen Unternehmern. (§§ 327t, 327u)	573
Titel 3. Versprechen der Leistung an einen Dritten. (§§ 328–335)	574
Titel 4. Draufgabe, Vertragsstrafe. (§§ 336–345)	584
Titel 5. Rücktritt; Widerrufsrecht bei Verbraucherverträgen. (§§ 346–361)	589
Untertitel 1. Rücktritt. (§§ 346–354)	589
Untertitel 2. Widerrufsrecht bei Verbraucherverträgen. (§§ 355–361)	596
Abschnitt 4. Erlöschen der Schuldverhältnisse. (§§ 362–397)	613
Titel 1. Erfüllung. (§§ 362–371)	614

Inhaltsverzeichnis

Titel 2. Hinterlegung. (§§ 372–386)	622
Titel 3. Aufrechnung. (§§ 387–396)	627
Titel 4. Erlass. (§ 397)	634
Abschnitt 5. Übertragung einer Forderung. (§§ 398–413)	636
Abschnitt 6. Schuldübernahme. (§§ 414–418)	650
Abschnitt 7. Mehrheit von Schuldnern und Gläubigern. (§§ 420–432)	654
Abschnitt 8. Einzelne Schuldverhältnisse. (§§ 433–853)	667
Titel 1. Kauf, Tausch. (§§ 433–480)	668
Untertitel 1. Allgemeine Vorschriften. (§§ 433–453)	669
Untertitel 2. Besondere Arten des Kaufs. (§§ 454–473)	709
Kapitel 1. Kauf auf Probe. (§§ 454, 455)	710
Kapitel 2. Wiederkauf. (§§ 456–462)	711
Kapitel 3. Vorkauf. (§§ 463–473)	713
Untertitel 3. Verbrauchsgüterkauf. (§§ 474–479)	718
Untertitel 4. Tausch. (§ 480)	728
Titel 2. Teilzeit-Wohnrechteverträge, Verträge über langfristige Urlaubsprodukte, Vermittlungsverträge und Tauschsystemverträge. (§§ 481–487)	729
Titel 3. Darlehensvertrag; Finanzierungshilfen und Ratenlieferungsverträge zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher. (§§ 488–515)	734
Untertitel 1. Darlehensvertrag. (§§ 488–505)	735
Kapitel 1. Allgemeine Vorschriften. (§§ 488–490)	736
Kapitel 2. Besondere Vorschriften für Verbraucherdarlehensverträge. (§§ 491–505e)	743
Untertitel 2. Finanzierungshilfen zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher. (§§ 506–508)	766
Untertitel 3. Ratenlieferungsverträge zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher. (§ 510)	770
Untertitel 4. Beratungsleistungen bei Immobilien-Verbraucherdarlehensverträgen. (§ 511)	772
Untertitel 5. Unabdingbarkeit, Anwendung auf Existenzgründer. (§§ 512, 513)	773
Untertitel 6. Unentgeltliche Darlehensverträge und unentgeltliche Finanzierungshilfen zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher. (§§ 514, 515)	774
Titel 4. Schenkung. (§§ 516–534)	774
Titel 5. Mietvertrag, Pachtvertrag. (§§ 535–597)	785
Untertitel 1. Allgemeine Vorschriften für Mietverhältnisse. (§§ 535–548)	785
Untertitel 2. Mietverhältnisse über Wohnraum. (§§ 549–577a)	841
Kapitel 1. Allgemeine Vorschriften. (§§ 549–555)	841
Kapitel 1a. Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen. (§§ 555a–555f)	849
Kapitel 2. Die Miete. (§§ 556–561)	856
Unterkapitel 1. Vereinbarungen über die Miete. (§§ 556–556c)	856
Unterkapitel 1a. Vereinbarungen über die Miethöhe bei Mietbeginn in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten (§§ 556d–556g)	862
Unterkapitel 2. Regelungen über die Miethöhe. (§§ 557–561)	866
Kapitel 3. Pfandrecht des Vermieters. (§§ 562–562d)	884
Kapitel 4. Wechsel der Vertragsparteien. (§§ 563–567b)	887
Kapitel 5. Beendigung des Mietverhältnisses. (§§ 568–576b)	896
Unterkapitel 1. Allgemeine Vorschriften. (§§ 568–572)	896
Unterkapitel 2. Mietverhältnisse auf unbestimmte Zeit. (§§ 573–574c)	900
Unterkapitel 3. Mietverhältnisse auf bestimmte Zeit. (§§ 575, 575a)	913
Unterkapitel 4. Werkwohnungen. (§§ 576–576b)	915
Kapitel 6. Besonderheiten bei der Bildung von Wohnungseigentum an vermieteten Wohnungen. (§§ 577, 577a)	917
Untertitel 3. Mietverhältnisse über andere Sachen und digitale Produkte. (§§ 578–580a)	919
Untertitel 4. Pachtvertrag. (§§ 581–584b)	922
Untertitel 5. Landpachtvertrag. (§§ 585–597)	927
Titel 6. Leihe. (§§ 598–606)	937
Titel 7. Sachdarlehensvertrag. (§§ 607–609)	940
Titel 8. Dienstvertrag und ähnliche Verträge. (§§ 611–630h)	942
Untertitel 1. Dienstvertrag. (§§ 611–630)	942
Anhang zu § 630: § 109 Gewerbeordnung – GewO	1012
Untertitel 2. Behandlungsvertrag. (§§ 630a–630h)	1013
Titel 9. Werkvertrag und ähnliche Verträge. (§§ 631–651y)	1034
Untertitel 1. Werkvertrag. (§§ 631–650v)	1042
Kapitel 1. Allgemeine Vorschriften. (§§ 631–650)	1042
Kapitel 2. Bauvertrag. (§§ 650a–650h)	1095
Kapitel 3. Verbraucherbauvertrag. (§§ 650i–650n)	1110
Kapitel 4. Unabdingbarkeit. (§ 650o)	1115
Untertitel 2. Architektenvertrag und Ingenieurvertrag. (§§ 650p–650t)	1115
Untertitel 3. Bauträgervertrag. (§§ 650u–650v)	1123
Anhang zu § 650v: VO über Abschlagszahlungen bei Bauträgerverträgen (Auszug)	1125
Untertitel 4. Pauschalreisevertrag, Reisevermittlung und Vermittlung verbundener Reiseleistungen. (§§ 651a–651y)	1126
Titel 10. Maklervertrag. (§§ 652–656d)	1159
Untertitel 1. Allgemeine Vorschriften. (§§ 652–655)	1162
Untertitel 2. Vermittlung von Verbraucherdarlehensverträgen und entgeltlichen Finanzierungshilfen. (§§ 655a–655e)	1179

Inhaltsverzeichnis

Untertitel 3. Ehevermittlung. (§ 656)	1183
Untertitel 4. Vermittlung von Kaufverträgen über Wohnungen und Einfamilienhäuser. (§ 656a-656d)	1184
Titel 11. Auslobung. (§§ 657–661a)	1186
Titel 12. Auftrag, Geschäftsbesorgungsvertrag und Zahlungsdienste. (§§ 662–676c)	1190
Untertitel 1. Auftrag. (§§ 662–674)	1190
Untertitel 2. Geschäftsbesorgungsvertrag. (§§ 675–675b)	1201
Untertitel 3. Zahlungsdienste. (§§ 675c–676c)	1211
Kapitel 1. Allgemeine Vorschriften. (§§ 675c–675e)	1214
Kapitel 2. Zahlungsdienstevertrag. (§§ 675f–675i)	1219
Kapitel 3. Erbringung und Nutzung von Zahlungsdiensten. (§§ 675j–676c)	1236
Unterkapitel 1. Autorisierung von Zahlungsvorgängen; Zahlungsinstrumente; Verweigerung des Zugangs zum Zahlungskonto. (§§ 675j–675m)	1236
Unterkapitel 2. Ausführung von Zahlungsvorgängen. (§§ 675n–675t)	1242
Unterkapitel 3. Haftung. (§§ 675u–676c)	1251
Titel 13. Geschäftsführung ohne Auftrag. (§§ 677–687)	1265
Titel 14. Verwahrung. (§§ 688–700)	1276
Titel 15. Einbringung von Sachen bei Gastwirten. (§§ 701–704)	1280
Titel 16. Gesellschaft. (§§ 705–740)	1284
Titel 17. Gemeinschaft. (§§ 741–758)	1331
Titel 18. Leibrente. (§§ 759–761)	1341
Titel 19. Unvollkommene Verbindlichkeiten. (§§ 762, 763)	1342
Titel 20. Bürgschaft. (§§ 765–778)	1345
Titel 21. Vergleich. (§ 779)	1367
Titel 22. Schuldversprechen, Schuldanerkenntnis. (§§ 780–782)	1371
Titel 23. Anweisung. (§§ 783–792)	1376
Titel 24. Schuldverschreibung auf den Inhaber. (§§ 793–808)	1381
Titel 25. Vorlegung von Sachen. (§§ 809–811)	1389
Titel 26. Ungerechtfertigte Bereicherung. (§§ 812–822)	1392
Titel 27. Unerlaubte Handlungen. (§§ 823–853)	1441

Buch 3. Sachenrecht

Einleitung	1568
Abschnitt 1. Besitz. (§§ 854–872)	1570
Abschnitt 2. Allgemeine Vorschriften über Rechte an Grundstücken. (§§ 873–902)	1582
Abschnitt 3. Eigentum. (§§ 903–1011)	1615
Titel 1. Inhalt des Eigentums. (§§ 903–924)	1618
Titel 2. Erwerb und Verlust des Eigentums an Grundstücken. (§§ 925–928)	1642
Titel 3. Erwerb und Verlust des Eigentums an beweglichen Sachen. (§§ 929–984)	1647
Untertitel 1. Übertragung. (§§ 929–936)	1647
Untertitel 2. Ersitzung. (§§ 937–945)	1661
Untertitel 3. Verbindung, Vermischung, Verarbeitung. (§§ 946–952)	1662
Untertitel 4. Erwerb von Erzeugnissen und sonstigen Bestandteilen einer Sache. (§§ 953–957)	1668
Untertitel 5. Aneignung. (§§ 958–964)	1670
Untertitel 6. Fund. (§§ 965–984)	1672
Titel 4. Ansprüche aus dem Eigentum. (§§ 985–1007)	1676
Titel 5. Miteigentum. (§§ 1008–1011)	1697
Abschnitt 4. Dienstbarkeiten. (§§ 1018–1093)	1699
Titel 1. Grunddienstbarkeiten. (§§ 1018–1029)	1700
Titel 2. Nießbrauch. (§§ 1030–1089)	1708
Untertitel 1. Nießbrauch an Sachen. (§§ 1030–1067)	1709
Untertitel 2. Nießbrauch an Rechten. (§§ 1068–1084)	1719
Untertitel 3. Nießbrauch an einem Vermögen. (§§ 1085–1089)	1723
Titel 3. Beschränkte persönliche Dienstbarkeiten. (§§ 1090–1093)	1725
Abschnitt 5. Vorkaufrecht. (§§ 1094–1104)	1729
Abschnitt 6. Reallasten. (§§ 1105–1112)	1734
Abschnitt 7. Hypothek, Grundschuld, Rentenschuld. (§§ 1113–1203)	1738
Titel 1. Hypothek. (§§ 1113–1190)	1739
Titel 2. Grundschuld, Rentenschuld. (§§ 1191–1203)	1783
Untertitel 1. Grundschuld. (§§ 1191–1198)	1783
Untertitel 2. Rentenschuld. (§§ 1199–1203)	1792
Abschnitt 8. Pfandrecht an beweglichen Sachen und an Rechten. (§§ 1204–1296)	1793
Titel 1. Pfandrecht an beweglichen Sachen. (§§ 1204–1259)	1794
Titel 2. Pfandrecht an Rechten. (§§ 1273–1296)	1811

Buch 4. Familienrecht

Einleitung	1820
Abschnitt 1. Bürgerliche Ehe. (§§ 1297–1588)	1824
Titel 1. Verlöbnis. (§§ 1297–1302)	1824
Titel 2. Eingehung der Ehe. (§§ 1303–1312)	1826
Untertitel 1. Ehefähigkeit. (§§ 1303, 1304)	1827
Untertitel 2. Eheverbote. (§§ 1306–1308)	1828

Inhaltsverzeichnis

Untertitel 3. Ehefähigkeitszeugnis. (§ 1309)	1829
Untertitel 4. Eheschließung. (§§ 1310–1312)	1831
Titel 3. Aufhebung der Ehe. (§§ 1313–1318)	1833
Titel 4. Wiederverheiratung nach Todeserklärung. (§§ 1319, 1320)	1842
Titel 5. Wirkungen der Ehe im Allgemeinen. (§§ 1353–1362)	1843
Titel 6. Eheliches Güterrecht. (§§ 1363–1563)	1878
Untertitel 1. Gesetzliches Güterrecht. (§§ 1363–1390)	1878
Untertitel 2. Vertragliches Güterrecht. (§§ 1408–1557)	1912
Kapitel 1. Allgemeine Vorschriften. (§§ 1408–1413)	1912
Kapitel 2. Gütertrennung. (§ 1414)	1919
Kapitel 3. Gütergemeinschaft. (§§ 1415–1518)	1919
Unterkapitel 1. Allgemeine Vorschriften. (§§ 1415–1421)	1919
Unterkapitel 2. Verwaltung des Gesamtguts durch einen Ehegatten. (§§ 1422–1449)	1922
Unterkapitel 3. Gemeinschaftliche Verwaltung des Gesamtguts durch die Ehegatten. (§§ 1450–1470)	1931
Unterkapitel 4. Auseinandersetzung des Gesamtguts. (§§ 1471–1482)	1935
Unterkapitel 5. Fortgesetzte Gütergemeinschaft. (§§ 1483–1518)	1940
Kapitel 4. Wahl-Zugewinnngemeinschaft. (§ 1519)	1950
Untertitel 3. Güterrechtsregister. (§§ 1558–1563)	1951
Titel 7. Scheidung der Ehe. (§§ 1564–1587)	1953
Untertitel 1. Scheidungsgründe. (§§ 1564–1568)	1954
Untertitel 1a. Behandlung der Ehwohnung und der Haushaltsgegenstände anlässlich der Scheidung. (§§ 1568a, 1568b)	1959
Untertitel 2. Unterhalt des geschiedenen Ehegatten. (§§ 1569–1586b)	1965
Kapitel 1. Grundsatz. (§ 1569)	1968
Kapitel 2. Unterhaltsberechtigung. (§§ 1570–1580)	1969
Kapitel 3. Leistungsfähigkeit und Rangfolge. (§§ 1581–1584)	2010
Kapitel 4. Gestaltung des Unterhaltsanspruchs. (§§ 1585–1585c)	2015
Kapitel 5. Ende des Unterhaltsanspruchs. (§§ 1586–1586b)	2019
Untertitel 3. Versorgungsausgleich. (§ 1587)	2021
Titel 8. Kirchliche Verpflichtungen. (§ 1588)	2021
Abschnitt 2. Verwandtschaft. (§§ 1589–1772)	2021
Titel 1. Allgemeine Vorschriften. (§§ 1589, 1590)	2021
Titel 2. Abstammung. (§§ 1591–1600d)	2022
Titel 3. Unterhaltspflicht. (§§ 1601–1615o)	2046
Untertitel 1. Allgemeine Vorschriften. (§§ 1601–1615)	2050
Untertitel 2. Besondere Vorschriften für das Kind und seine nicht miteinander verheirateten Eltern. (§§ 1615a–1615n)	2093
Titel 4. Rechtsverhältnis zwischen den Eltern und dem Kind im Allgemeinen. (§§ 1616–1625)	2099
Titel 5. Elterliche Sorge. (§§ 1626–1698b)	2108
Titel 6. Beistandschaft. (§§ 1712–1717)	2178
Titel 7. Annahme als Kind. (§§ 1741–1772)	2182
Untertitel 1. Annahme Minderjähriger. (§§ 1741–1766a)	2182
Untertitel 2. Annahme Volljähriger. (§§ 1767–1772)	2200
Abschnitt 3. Vormundschaft, Rechtliche Betreuung, Pflegschaft. (§§ 1773–1921)	2203
Titel 1. Vormundschaft. (§§ 1773–1895)	2204
Untertitel 1. Begründung der Vormundschaft. (§§ 1773–1792)	2204
Untertitel 2. Führung der Vormundschaft. (§§ 1793–1836e)	2212
Anhang zu § 1836: Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz – VBVG	2244
Untertitel 3. Fürsorge und Aufsicht des Familiengerichts. (§§ 1837–1847)	2261
Untertitel 4. Mitwirkung des Jugendamts. (§ 1851)	2265
Untertitel 5. Befreite Vormundschaft. (§§ 1852–1857a)	2265
Untertitel 6. Beendigung der Vormundschaft. (§§ 1882–1895)	2267
Titel 2. Rechtliche Betreuung. (§§ 1896–1908i)	2271
Titel 3. Pflegschaft. (§§ 1909–1921)	2310
Buch 5. Erbrecht	
Einleitung	2317
Abschnitt 1. Erbfolge. (§§ 1922–1941)	2319
Abschnitt 2. Rechtliche Stellung des Erben. (§§ 1942–2063)	2344
Titel 1. Annahme und Ausschlagung der Erbschaft, Fürsorge des Nachlassgerichts. (§§ 1942–1966)	2344
Titel 2. Haftung des Erben für die Nachlassverbindlichkeiten. (§§ 1967–2017)	2365
Untertitel 1. Nachlassverbindlichkeiten. (§§ 1967–1969)	2365
Untertitel 2. Aufgebot der Nachlassgläubiger. (§§ 1970–1974)	2369
Untertitel 3. Beschränkung der Haftung des Erben. (§§ 1975–1992)	2371
Untertitel 4. Inventarerrichtung, unbeschränkte Haftung des Erben. (§§ 1993–2013)	2383
Untertitel 5. Aufschiebende Einreden. (§§ 2014–2017)	2390
Titel 3. Erbschaftsanspruch. (§§ 2018–2031)	2391
Titel 4. Mehrheit von Erben. (§§ 2032–2063)	2398
Untertitel 1. Rechtsverhältnis der Erben untereinander. (§§ 2032–2057a)	2398
Untertitel 2. Rechtsverhältnis zwischen den Erben und den Nachlassgläubigern. (§§ 2058–2063)	2424
Abschnitt 3. Testament. (§§ 2064–2273)	2327
Titel 1. Allgemeine Vorschriften. (§§ 2064–2086)	2327

Inhaltsverzeichnis

Titel 2. Erbeinsetzung. (§§ 2087–2099)	2448
Titel 3. Einsetzung eines Nacherben. (§§ 2100–2146)	2454
Titel 4. Vermächtnis. (§§ 2147–2191)	2484
Titel 5. Auflage. (§§ 2192–2196)	2503
Titel 6. Testamentsvollstrecker. (§§ 2197–2228)	2505
Titel 7. Errichtung und Aufhebung eines Testaments. (§§ 2229–2263)	2538
Titel 8. Gemeinschaftliches Testament. (§§ 2265–2272)	2557
Abschnitt 4. Erbvertrag. (§§ 2274–2302)	2574
Abschnitt 5. Pflichtteil. (§§ 2303–2338)	2595
Abschnitt 6. Erbwürdigkeit. (§§ 2339–2345)	2633
Abschnitt 7. Erbverzicht. (§§ 2346–2352)	2636
Abschnitt 8. Erbschein. (§§ 2353–2370)	2643
Anhang zu §§ 2353 ff. Verordnung (EU) Nr. 650/2012 über Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses (EuErbVO – Auszug)	2660
Abschnitt 9. Erbschaftskauf. (§§ 2371–2385)	2663

Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche

– Auszug –

Erster Teil. Allgemeine Vorschriften. (Art. 1–48)	2668
Erstes Kapitel. Inkrafttreten. Vorbehalt für Landesrecht. Gesetzesbegriff. (Art. 1, 2)	2668
Zweites Kapitel. Internationales Privatrecht. (Art. 3–46e)	2668
Erster Abschnitt. Allgemeine Vorschriften. (Art. 3–6)	2676
Anhang zu Art 3: Innerdeutsches Kollisionsrecht	2679
Anhang zu Art 5:	2685
I. Übereinkommen über die Rechtsstellung der Staatenlosen (Art. 1, 12)	2685
II. Sonderregelungen für Flüchtlinge, Verschleppte und Vertriebene	2685
1. Volksdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene (Art. 9 II Nr. 5 FamRÄndG iVm Art. 116 GG)	2685
2. AHKGes 23 über die Rechtsverhältnisse verschleppter Personen und Flüchtlinge	2687
3. Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet	2687
4. Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Genfer Flüchtlingskonvention) (Art. 1, 12)	2687
5. Asylgesetz (AsylG) (§§ 1–3, 6)	2690
6. Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge	2691
Zweiter Abschnitt. Recht der natürlichen Personen und der Rechtsgeschäfte. (Art. 7–12)	2696
Anhang zu Art 12: Juristische Personen und Gesellschaften	2706
Dritter Abschnitt. Familienrecht. (Art. 13–24)	2711
Anhang zu Art 13:	2717
Anhang zu Art 14:	2720
1. Verordnung (EU) Nr. 2016/1103 v 24.6.2016 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen des ehelichen Güterstands (EuGüVO)	2720
2. Verordnung (EU) Nr. 2016/1104 v 24.6.2016 zur Durchführung der Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen güterrechtlicher Wirkungen eingetragener Partnerschaften (EuGüVO (Part))	2732
Anhang zu Art 17:	2740
Verordnung (EU) Nr. 1259/2010 des Rates zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts (ROM III)	2740
Haager Protokoll über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht (HUntProt)	2755
Anhang zu Art 18 HUntProt:	2767
1) Grundlagen	2765
2) Haager Übereinkommen über das auf Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Kindern anzuwendende Recht	2765
3) Haager Übereinkommen über das auf Unterhaltspflichten anwendbare Recht	2765
Anhang zum HUntProt: Internationale Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen	2767
1) UN-Übereinkommen über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland	2767
2) Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen auf dem Gebiet der Unterhaltspflicht gegenüber Kindern	2767
3) Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltsentscheidungen	2767
4) Haager Übereinkommen über die internationale Geltendmachung der Unterhaltsansprüche von Kindern und anderen Familienangehörigen	2768
5) Verordnung (EG) Nr. 4/2009 v 18.12.2008 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen	2768
6) Auslandsunterhaltsgesetz	2768

Inhaltsverzeichnis

Anhang zu Art 24:	2779
1) Haager Übereinkommen über den internationalen Schutz von Erwachsenen (ESÜ)	2779
2) Übereinkommen über die Zuständigkeit der Behörden und das anzuwendende Recht auf dem Gebiet des Schutzes von Minderjährigen (MSA)	2783
3) Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern (KSÜ)	2784
4) Haager Abkommen zur Regelung der Vormundschaft über Minderjährige	2790
5) Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (HKEntfÜ)	2790
6) Europäisches Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgeverhältnisses	2791
7) Bilaterale Abkommen mit Österreich	2791
8) Konsularverträge	2791
Vierter Abschnitt. Erbrecht. (Art. 25, 26)	2791
Anhang zu Art 25:	2792
Verordnung (EU) Nr. 650/2012 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses (EuErbVO)	2792
Anhang zu Art 26:	2811
Haager Übereinkommen über das auf die Form letztwilliger Verfügungen anzuwendende Recht (ROM I)	2811
Verordnung (EG) Nr. 593/2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (ROM I)	2813
Fünfter Abschnitt. Außervertragliche Schuldverhältnisse. (Art. 38–42)	2851
Anhang zu Art 38–42:	2851
Verordnung (EG) Nr. 864/2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (ROM II)	2851
Sechster Abschnitt. Sachenrecht. (Art. 43–46)	2879
Siebter Abschnitt. Besondere Vorschriften zur Durchführung und Umsetzung international-privatrechtlicher Regelungen der Europäischen Union (Art. 46a–46e)	2884
Erster Unterabschnitt. Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 864/2007 (Art. 46a)	2884
Zweiter Unterabschnitt. Umsetzung international-privatrechtlicher Regelungen im Verbraucherschutz (Art. 46b, 46c)	2885
Dritter Unterabschnitt. Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 593/2008 (Art. 46d)	2888
Vierter Unterabschnitt. Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1259/2010 (Art. 46e)	2888
Drittes Kapitel. Angleichung; Wahl eines in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union erworbenen Namens. (Art. 47, 48)	2888
Zweiter Teil. Verhältnis des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu den Reichsgesetzen (Art. 50–54) (nicht abgedruckt)	2891
Dritter Teil. Verhältnis des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu den Landesgesetzen (Auszug: Art. 64, 96, 120, 124; Art. 99 auf GrünHome IV)	2891
Vierter Teil. Übergangsvorschriften (Auszug: Art. 181, 182, 184, 187, 189)	2894
Fünfter Teil. Übergangsvorschriften aus Anlaß jüngerer Änderungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs und dieses Einführungsgesetzes (Auszug: Art. 220, 227, 229 [teilweise]; weitere Vorschriften auf GrünHome IV)	2896
Sechster Teil. Inkrafttreten und Übergangsrecht aus Anlaß der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs und dieses Einführungsgesetzes in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet (Art. 230–237) – nicht abgedruckt; Text mit Kommentierung auf GrünHome IV –	2910
Siebter Teil. Durchführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs, Verordnungsermächtigungen, Länderöffnungsklauseln, Informationspflichten (Auszug: Art. 239–244, 246–253)	2910
Anlagen 1 bis 18 siehe GrünHome II (www.grueneberg.beck.de)	
Nebengesetze	
Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) vom 14. August 2006	2964
Gesetz zur Regelung von Verträgen über Wohnraum mit Pflege- und Betreuungsleistungen (Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz – WBVG) vom 29. Juli 2009	2994
Gesetz über die Haftung für fehlerhafte Produkte (Produkthaftungsgesetz – ProdHaftG) vom 15. Dezember 1989	3008
Gesetz über das Erbbaurecht (Erbbaurechtsgesetz – ErbbauRG) vom 15. Januar 1919	3021
Gesetz über das Wohnungseigentum und das Dauerwohnrecht (Wohnungseigentumsgesetz – WEG) vom 15. März 1951	3038
Gesetz über den Versorgungsausgleich (Versorgungsausgleichsgesetz – VersAusglG) vom 3. April 2009	3125
Gesetz zum zivilrechtlichen Schutz vor Gewalttaten und Nachstellungen (Gewaltschutzgesetz – GewSchG) vom 11. Dezember 2001	3179
Sachverzeichnis	3187